

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Wertschöblicher Abonnementspreis 0,75 Mk.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine
(Drittel-Bundrat)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.,
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.
Fernsprecher: Amt Alexander, Nr. 4728.

Nr. 85/86.

Berlin, Sonnabend, 23. Oktober 1915.

Seibemundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

Die deutsche Arbeiterschaft und die deutsch-österreichische Wirtschaftsannäherung. — Eine Ausstellung von Arbeitshilfen für Kriegsbeschädigte. — Die berufsmäßige Ausbildung der heranwachsenden Jugend. — Allgemeine Rundschau. — Aus dem Verbands- — Literatur. — Anzeigen.

Die deutsche Arbeiterschaft und die deutsch-österreichische Wirtschaftsannäherung.

Der gegenwärtige Krieg der europäischen Mächte ist kein bloßer Waffengang, sondern mehr vielleicht noch ein erbittertes wirtschaftliches Ringen. Können Deutschland und Oesterreich-Ungarn nicht militärisch niedergeworfen, so sollen sie wenigstens wirtschaftlich niedergewungen werden. Das ist Englands fester Wille. Und das ist ein langer Wille, der über den Augenblick des Kriegsgetümmels hinausreicht und schon die Zukunftsmöglichkeiten rechnerisch in Anschlag bringt. Die Boykottbewegung gegen die deutschen Waren war der erste Schritt auf dem Wege, die Deutschen künftig vom Weltmarkt fernzuhalten; der Vorstoß einer dauernden wirtschaftlichen Abwehrallianz aller heute gegen Deutschland kämpfenden Staaten der zweite Schritt. Wenn man bedenkt, welche ungeheuren Flächeninhalte unsere Gegner mit ihren zahlreichen Kolonien einnehmen, kann man sich vorstellen, was für einen schweren wirtschaftlichen Schlag eine auch nur annähernde Verwirklichung dieses Planes für uns bedeuten würde. Freilich wissen wir, daß auch diese Suppe nicht so heiß gegessen wird, wie sie gekocht wird. Immerhin müssen wir mit einer sehr starken wirtschaftlichen Abneigung unserer Gegner nach dem Kriege rechnen. Das bedeutet aber große Abhängigkeitsverhältnisse für unsere Industrieprodukte auf dem Weltmarkt, das bedeutet ferner Verringerung der Arbeitsmöglichkeiten für die deutsche Arbeiterschaft im Inlande.

Schon allein aus diesen Gründen ist eine deutsch-österreichisch-ungarische Wirtschaftsannäherung nach dem Kriege eine ebensoviele dringende Notwendigkeit wie heute unser militärisches Zusammengehen. Dieser Krieg ist, darüber müssen wir uns klar werden, mit einem Friedensschlusse noch nicht beendet. Außerlich vielleicht. Der Degen wird wieder in die Scheide gesteckt. Aber innerlich, d. h. wirtschaftlich und kulturell, wird der Kampfzustand noch lange dauern. Darauf muß sich unsere Wirtschaftspolitik einstellen. Die Einfreisungspolitik unserer Gegner wird, mehr oder weniger verdeckt, wirtschaftlich weiter gesponnen werden. Darum sind Deutschland und die Donaumonarchie auch künftig einfach auf einander angewiesen.

Es ist bereits eine Reihe von Vorschlägen für eine wirtschaftliche Annäherung gemacht worden. Vor allem hat sich der Mitteleuropäische Wirtschaftsverein darum Verdienste erworben. Als letztes Ideal schwebt allen ein Zollbündnis vor. Man denkt dabei unwillkürlich an den deutschen Zollverein, der, in der ersten Hälfte der dreißiger Jahre des vorigen Jahrhunderts bearbeitet, die deutschen Einzelstaaten zu einer wirtschaftlichen Gemeinschaft zusammenschloß und so die politische Einheit vorbereitete. Diesen letzteren Gedanken haben wir gegenüber Oesterreich-Ungarn natürlich ganz auszuweichen. Es kommt also bloß ein Zollbündnis als rein wirtschaftliche Annäherung in Frage. Und auch das wird nicht so ohne Weiteres zu erreichen sein. Man wird stufenweise an seine Verwirklichung gehen müssen. Denn mit Recht wird,

namentlich von Oesterreich, der Einwand erhoben, daß beide Staaten gegenwärtig noch eine so verschiedene wirtschaftliche Struktur hätten, um wirtschaftspolitisch über einen Stamm geschoren zu werden. Man hat daher folgenden Dreivorschlag gemacht:

1. Bindung der zur Zeit im Verkehr Deutschlands und Oesterreich-Ungarns geltenden Zölle nach oben.
2. Erweiterung der Freiliste, d. h. Vermehrung der Zahl Waren, die im Verkehr Deutschlands und Oesterreich-Ungarns überhaupt keine Zoll unterliegen. (Das sind heute schon rund 30—40 vom Hundert des beiderseitigen Warenverkehrs.)
3. Erweiterung des Veredelungsverkehrs zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn, gegebenenfalls unbeschränkte Zulassung desselben.

Da dieser Dreivorschlag in Oesterreich-Ungarn Bedenken erregte, schlug man eine Zwischenzolllinie vor, die etwa von Jahrzehnt zu Jahrzehnt abzubauen wäre, bis sie nach etwa fünfzig bis sechzig Jahren ganz fielen und die Zollunion zur Tatsache werden ließe. Man weiß, daß die österreichisch-ungarische Regierung sich allen diesen Erörterungen gegenüber bisher sehr kühl, ja ablehnend verhalten hat und die Zeit für Erwägungen noch nicht für gekommen erachtet. Dennoch will die Bewegung nicht still werden, und gerade aus Oesterreich sind in der letzten Zeit Stimmen wirtschaftlicher Körperchaften von Neuem laut geworden, die auf die Lösung der Frage drängen.

Wir wollen nun heute prüfen, welches Interesse im besonderen die deutsche Arbeiterschaft an einer solchen wirtschaftlichen Annäherung hat.

Wir haben schon, daß der Abfall unserer Industrieprodukte künftig auf dem Weltmarkt größeren Schwierigkeiten begegnen wird als vor dem Kriege. Das zwingt uns, unseren Inlandsmarkt zu kräftigen und zu erweitern. Und eine solche Erweiterung bedeutet, wenigstens bis zu einem gewissen Grade, eine wirtschaftliche Annäherung an die Donauländer. Deutschland hat 68 und Oesterreich-Ungarn 53 Millionen Menschen. Das wäre dann künftig ein uns offen stehender Markt von über 120 Millionen Menschen, an Menschenzahl größer als der Markt der Vereinigten Staaten von Nordamerika. Bisher betrug — erstaunlich wenig — unsere Ausfuhr nach Oesterreich-Ungarn 11 vom Hundert unserer Gesamtzufuhr. Hier eröffnen sich also ganz neue Möglichkeiten. Auf Belgien, Aurland, Polen, den Balkan und die Türkei als wirtschaftspolitische Zukunftsfaktoren soll hier nicht weiter eingegangen werden. Neue Abhängigkeitsverhältnisse für unsere industriellen Waren aber haben neue Arbeitsmöglichkeiten für unsere Arbeiterschaft im Gefolge. Und wenn es uns auch nur gelingen sollte — und das darf man hoffen — unsere gesamte Warenzufuhr nach dem Kriege in kurzer Zeit auf die Höhe des dem Kriege vorangegangenen Jahres zu bringen (etwa 11 Milliarden Mark dem Werte nach), so ist ein Steigen des Lohnniveaus die natürliche Folge davon. Denn da unsere vermehrten Nachfrage nach Arbeitern ein infolge der zahlreichen Kriegsverluste geringeres Angebot gegenüber steht, ist ein Aufwärtsschieben der Lohnkurve unausweichlich. Seine innere Berechtigung wird es auch in der zunehmenden Verteuerung der Lebensmittel haben. Denn die riesige Verschwendung des Reiches, der Einzelstaaten und der Gemeinden durch den Krieg und all seine Begleiterseignisse werden wir kaum durch genügende Kriegsschädigungsabhlungen unserer Gegner wettmachen können.

Dazu kommen zahlreiche neue Anforderungen des Reiches: Invaliden-, Witwen- und Waisenerziehung, Wiederaufbau des Heeres und der Marine, Stillwierung etwaiger neuer Gebiete u. a. m. Kurz, höhere Steuern und staatswirtschaftliche Monopole, die dem Staate Geld einbringen sollen, werden die Lebenshaltung des gesamten deutschen Volkes wesentlich verteuern gegenüber den früheren Friedenszeiten. Hier aber wird ein freierer wirtschaftlicher Verkehr zwischen den beiden Mittelmächten zu einem Teile ausgleichend wirken. Ungarn z. B. ist Getreide-Ausfuhrland ebenso wie Polen, und wenn die Zölle zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn ermäßigt werden, wird die Rückwirkung auf die Gestaltung des Preisniveaus nicht ausbleiben. Und wie das Getreide gibt es auch noch andere Lebensmittel, und Bedarfsartikel, die wir aus Oesterreich beziehen. Dabei darf man freilich nicht vergessen, daß sich wie in Oesterreich gewisse Industriezweige, so bei uns landwirtschaftliche Interessengruppen gegen ein zu starkes Gerübrerfluten der fremden Produkte wehren werden.

Zwei andere günstige Möglichkeiten für den Arbeiter seien noch aufgeführt. Einmal die größere Freizügigkeit, die sich dem Arbeiter eröffnet, wenn der deutsch-österreichisch-ungarische Markt als ein gemeinschaftliches Wirtschaftsgebiet betrachtet wird, und dann die Sozialpolitik, die neue Anregungen erhält. In Deutschland wurde gerade in den letzten Jahren das Wort häufig laut, Deutschland könne allein nicht allzu schnell sozialpolitisch fortschreiten, wenn es im wirtschaftlichen Wettkampfe, mit immer größeren Lasten und Verpflichtungen beladen, nicht schließlich erlahmen wolle. Wird der Inlandsmarkt auf diese Weise verdoppelt, kann dieser Einwand nur sehr bedingt erhoben werden. Man darf vielmehr annehmen, daß wie die wirtschaftliche, so auch die sozialpolitische Gesetzgebung, beider Länder sich einander in den nächsten Jahren und Jahrzehnten auszugleichen versuchen wird, um möglichst dieselben wirtschaftlichen Vorbedingungen haben wie drüben zu schaffen. Und hier fällt nun den Arbeiterorganisationen eine neue, eine sehr praktische, internationale Aufgabe zu. In ständiger Fühlung mit einander und auf weit breiterer Grundlage als früher können sie für ihr Teil den Weg ebnen für die wirtschaftliche Angleichung Deutschlands und Oesterreich-Ungarns und damit auch für die zukünftige sozialpolitische Annäherung.

Die Deutschen Gewerkevereine werden auch ihrerseits das Wort ertönen und es in die Waagschale zugunsten des künftigen Wirtschaftsbindnisses werfen. Hoffentlich verhallt es nicht ungehört!

Erich Dombrowski-Gera.

Eine Ausstellung von Arbeitshilfen für Kriegsbeschädigte

veranstaltet im Auftrage des Reichsamts des Innern die Ständige Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt in Charlottenburg, Frauenstr. 11-12. Es handelt sich dabei um eine Ausstellung von Erbschaften bzw. Vorrichtungen, die den Kriegsverletzten die Möglichkeit geben sollen, sich in ihrem alten oder einem neuen Beruf zu betätigen. Auf diesem Gebiete sind namentlich durch die Unfallversicherung gute Erfahrungen gemacht worden, die jetzt der Allgemeinheit zugänglich gemacht werden sollen. Insbesondere gilt es auch, den Kriegsbeschädigten selbst dadurch die Ueberzeugung beizubringen, daß sie sich

im Wirtschaftsleben betätigen können und nicht überflüssige Mitglieder der menschlichen Gesellschaft geworden sind. Wir haben deshalb seinerzeit auf Anregung der Ausstellungsgesellschaft einen Appell an alle Stellen gerichtet, wo Kriegsverstümmelte oder auch Unfallverletzte unter Benutzung von bewährten Arbeitshilfen mit gewerblichen oder landwirtschaftlichen Arbeiten beschäftigt werden. Diese sollen sich melden bei dem Herrn Geheimen Oberregierungsrat Dr. Seymann, Charlottenburg, Frauenhoferstr. 11-12, damit mit den Besitzern oder Herstellern der Arbeitshilfe verhandelt werden kann und sie veranlaßt werden, diese Hilfsmittel selbst oder eine Nachbildung oder gute Abbildungen der Ausstellung zur Verfügung zu stellen. Später soll das gesammelte Material allen beteiligten Stellen zugänglich gemacht werden und zur Verfügung gestellt werden.

Wir haben auch die Unterstützung des Planes warm empfohlen und wiederholen dies heute umso lieber, als in dem geplanten Beirat der Ausstellung auch ein Kollege von uns list.

Der Arbeitsplan der Ausstellung ist folgendermaßen gedacht:

Die Ausstellung gliedert sich in
I. eine allgemeine Abteilung,
II. Abteilungen für die einzelnen Berufe.

In allen Abteilungen werden ausgestellt:

1. die persönliche Ausrüstung der Kriegsbeschädigten, Unfallverletzten oder Krüppel mit Behelfsgeräten, dauernden Ergänzgeräten, Arbeits-Anfangsstufen und Arbeitshilfen.
2. Vorkahrungen an Werkzeugen, Geräten, Maschinen und Apparaten, welche dazu bestimmt sind, ihre Bedienung durch Kriegsbeschädigte, Unfallverletzte oder Krüppel zu ermöglichen oder zu erleichtern.
3. Einrichtung von Werkstätten für die Berufsausbildung Kriegsbeschädigter.
4. Ausbildungskurse.
5. Uebericht über die von Kriegsbeschädigten und bereits ausgeführten oder ausführbaren gewerblichen und landwirtschaftlichen Arbeiten.
6. Literatur über die Organisation und Durchführung der sozialwirtschaftlichen Kriegsbeschädigten- und Fürsorge und über deren technische Maßnahmen und Einrichtungen.

Die unter 1 und 2 bezeichneten Einrichtungen sollen möglichst in arbeitsmäßiger Ausführung, andernfalls in Modellen, Plänen, Konstruktionszeichnungen, Photographien und dergl. vorgeführt werden.

Die Verwendung der verschiedenen Arten von Arbeitshilfen bei der Berufsarbeit soll so weit wie möglich durch Kriegsbeschädigte in den von der Ausstellung dafür zur Verfügung gestellten Werkstätten gezeigt werden. Landwirtschaftliche Arbeiten unter Benutzung von Arbeitshilfen werden auf einem mit der Ausstellung verbundenen Gelände ausgeführt.

Zur weiteren Erläuterung der Ausstellungsgegenstände ist in Aussicht genommen, Vorträge mit Vorführung von Lichtbildern oder kinematographischen Vorträgen zu veranstalten.

In Verbindung mit der Ausstellung wird eine Auskunftsstelle eingerichtet werden, die mit Hilfe einer Kartothek und nach Befragen mit Abbildungen verbundene Beschreibungen Auskunft über die ausgestellten Gegenstände und was damit zusammenhängt, erteilt.

Die berufsmäßige Ausbildung der heranwachsenden Jugend

erfordert nicht nur jetzt während der Kriegszeit eine aufmerksame Beobachtung, sondern man wird ganz besonders nach dem Kriege an eine anderweitige Regelung dieser Frage herantreten müssen. Die Not der Zeit und die Verhältnisse in den Familien zwingen viele junge Leute dazu, sofort nach Verlassen der Schule eine Tätigkeit zu ergreifen, die ihnen einen Gewinn bringt, das heißt, sie müssen eine Arbeitsstelle suchen, wo sie gleich etwas verdienen können. Ist auch dieser Verdienst im Anfang sehr bescheiden, so sind doch viele junge Leute auf einen solchen angewiesen, weil sie sonst nicht in der Lage wären existieren zu können. Die Erfahrung macht man besonders in den ärmeren, kinderreichen Familien. Hier spielt der Wochenverdienst des kaum aus der Schule entlassenen Jünglings bei der Erhaltung der Familie wesentlich mit. Die Möglichkeit der Erhöhung des Verdienstes für ungelernete Arbeiter liegt jetzt in der Kriegszeit näher als sonst, weil infolge der Einberufungen zum Heeresdienst ein Mangel an Arbeitskräften besteht, der ein verhältnismäßig rasches An-

steigen der Löhne für ungelernete jüngere Arbeiter zur Folge hat. Das gibt vielen jungen Leuten den Anreiz diese Arbeitsgelegenheiten zu benützen, weil sie dabei Geld verdienen, während sie bei der Erlernung eines Handwerks oft nur auf ein mageres Kostgeld angewiesen sind. Und auch das nicht immer. Es gibt Lehrstellen genug, wo dem Lehrling überhaupt kein Kostgeld gezahlt wird, wo er im Gegenteil noch Lehrgeld mitbringen muß. Wenn solche Lehrmeister dann über einen Lehrlingsmangel klagen, ist das kein Wunder. Da nützen die Belehrungen über den Wert eines erlernten Handwerks nur wenig. Der Hinweis darauf, daß ein junger Mann, der einige Jahre gründlicher Berufsausbildung hinter sich hat, in seinem späteren Leben besser vorwärts kommen kann, findet nicht die rechte Würdigung. Das kann auch vielfach nicht sein, weil eben in den meisten Familien der farge Verdienst junger Leute bei den teuren Zeiten unbedingt gebraucht wird. Will man für die gelernte Berufsarbeit und für das Handwerk einen leistungsfähigen Nachwuchs heranbilden, dann muß eine Aenderung des bisherigen Systems der Lehrlingsentlohnung geschaffen werden. Da sind die Vorschläge eines Handwerksmeisters, die kürzlich in verschiedenen Tageszeitungen veröffentlicht wurden, durchaus beachtenswert. Der Meister schreibt u. a.:

Es ist nun nicht genug geübt, wenn immer auf die Bedeutung des Handwerks hingewiesen wird, wenn in den Schulen und den Tageszeitungen auf den Vorzug verwiesen wird, den in der Zukunft der gelernte Arbeiter vor dem ungelerten haben wird; mit solchen Verwahrungen loht man nur sehr wenige, oft auch niemanden. Heute und auch für die Zukunft wird für die allergrößte Mehrzahl der Eltern darauf geachtet werden müssen, daß die der Schule entlassenen Kinder etwas verdienen, um zu den gewaltig ansteigenden Kosten des Lebensunterhaltes ihren Teil mit beizutragen. Die bittere Not zwingt oft die Eltern, auch den geringsten Verdienst der Kinder mit in Betracht zu ziehen, und da werden alle Jurenden, daß es für den Jungen oder das Mädchen doch besser ist, etwas Ordentliches zu lernen und nicht auf sofortigen Verdienst zu setzen, nichts nutzen; man wird die Verdienstmöglichkeit ausnutzen und fragt nicht nach den späteren Folgen. Will das Handwerk sich seinen durch den Krieg herabgeminderten Nachwuchs stärker und neu beleben, so wird man mehr wie bisher auch für die Lehrlinge eine Verdienstmöglichkeit schaffen müssen. Dies ist nun in einzelnen Berufen bereits seit längerem gechehen, zum Teil sogar in erheblichem Umfang, und eine Schädigung des Berufes und eine Verringerung des Verdienstes des Betriebesinhabers ist dadurch nicht eingetreten. In anderen Berufen wieder fräut man sich entschieden, den Lehrlingen von Tage ihres Eintritts als eine Vergütung zu gewähren, wiewohl die Tüchtigkeit des Lehrlings, abgesehen vielleicht von den ersten sechs Wochen, eine nicht zu unterschätzende Hilfe darstellt.

Diese Neuerungen sind aber nicht nur auf das Handwerk zu beziehen, sondern auch auf die Industrie. Abgesehen von einem Werken erhält der Lehrling in der Industrie auch nur ein geringes Kostgeld, und vielfach werden Lehrlinge von ihren aleichzeitigen, ungelerten Kollegen gehänselt, daß sie „so dumm“ seien zu „lernen“, sie könnten ja als Arbeitskräften viel mehr Geld verdienen. Das ist zweifellos ein Mißstand, dessen Beseitigung nicht nur im Interesse der jungen Leute, sondern auch im Interesse der Industrie selbst liegt. Wenn nach dem Kriege ein Mangel an gelerten Arbeitern eintreten sollte, dann tragen diejenigen die Schuld daran, die durch nicht entsprechende Entlohnung der Lehrlinge diesen Arbeitermangel zu verurteilt haben.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 22. Oktober 1915.

Vertreter der deutschen Bergarbeiter nahmen in der vergangenen Woche wiederum Gelegenheit, an maßgebender Stelle ihre Wünsche und Beschwerden vorzubringen. Im Reichsamt des Innern wurde die Abordnung empfangen und eingehende Prüfung zugefagt. In einer demnächst stattfindenden: besonderen Konferenz mit dem Handels- und Kriegsminister sollen die Beschwerden besprochen und nach Möglichkeit für Abhilfe gesorgt werden. Weiter bot sich Gelegenheit, folgende Petition zu überreichen, die den Zweck hat, eine bessere Verorgung der ärmeren, schwer arbeitenden Bevölkerung mit Fleisch- und Fettwaren in die Wege zu leiten:

Die unterzeichneten Vertreter der vier Bergarbeiterorganisationen bitten den hohen Reichstag und den Bundesrat, geeignete Maßnahmen zu treffen, um

die ärmere schwer arbeitende Bevölkerung mit den für die Ernährung notwendigen Fleisch- und Fettwaren zu versorgen.

Begründung:

In der letzten Zeit ist das Angebot von Fleisch- und Fettwaren, die für die große Masse der ärmeren Bevölkerung in Frage kommen, sehr zurückgegangen. Zum Teil ist das eine unvermeidbare Folge des Krieges. Es werden aber offensichtlich auch aus Spekulationsgründen Waren zurückgehalten.

Mit dem Rückgang des Angebots haben die Preise für die genannten Waren eine gewaltige Steigerung erfahren.

Die ärmeren Volksteile können sich schon jetzt zum großen Teile den Genuß von Fleisch nicht mehr leisten. Wenn der ungenügenden Entwicklung nicht bald Einhalt geboten wird, so können sie auch keine Fettwaren mehr erwerben und verwenden. Die finanziell besser gestellten Volksteile kaufen die vorhandenen Fleisch- und Fettwaren zu jedem Preise, weil sie nicht auf deren Genuß verzichten wollen.

Für unser Volk und unsere Volkswirtschaft hat eine solche Entwicklung die ungenügenden Folgen. Der Reich bedarf zu seiner Ernährung einer gewissen Menge Fett. Insbesondere muß den körperlich schwer arbeitenden Volksteilen das zur Erzeugung der verbrauchten Körperkraft notwendige unbedingt zugeführt werden, einerseits um ihre Gesundheit nicht zu gefährden, andererseits um sie fähig zu erhalten, dauernd ihre Arbeit verrichten zu können. Die Arbeiter werden jetzt während des Krieges durchweg in einer Weise angepannt, daß sie einer fräftigen Nahrung dringend bedürfen. Ganz besonders ist das im Bergbau der Fall. Hier soll mit möglichst wenigen Kräften viel geleistet werden. Wird nicht für eine ausreichende Ernährung der Bergarbeiter gesorgt, so wird die Produktion leiden. Die Bergarbeiter müssen unter ihrer Arbeit zusammenbrechen und ist eine dauernde Schädigung ihrer Gesundheit sowie auch der Gesundheit ihrer Angehörigen zu befürchten. Diese Schäden müssen unbedingt behin-

dert werden. Wir bitten deshalb um geeignete Maßnahmen, damit die vorhandenen Fleisch- und Fettvorräte nicht von den besitzenden und vielfach weniger arbeitenden Klassen in übermäßiger Weise und allein verbraucht werden, sondern auch der ärmeren, schwer arbeitenden Bevölkerung das zu ihrer Ernährung und zur Erhaltung ihrer Arbeitskraft notwendige Quantum zugeführt wird.

Die von der Reichsregierung angeforderten Maßnahmen betreffen Verbeschaffung billiger Kartoffeln entstehen uns der Notwendigkeit, auf diese Angelegenheit heute des näheren einzugehen. Wir möchten indes den dringenden Wunsch aussprechen, daß die angeforderte Kartoffelversorgung möglichst schnell und zu billigen Preise erfolgt.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Polnisches Berufsvereinigungen, Abt. Bergarbeiter (Sitz Bochum), i. A.: F. Makowski;

Gewerverein der Bergarbeiter (S.-D.), i. A.: Rudolf Klein;

Verband der Bergarbeiter Deutschlands, i. A.: D. Sachje;

Gewerverein christlicher Bergarbeiter Deutschlands, i. A.: Vogelfang.

Bei der Ueberreichung der Eingabe bot sich Gelegenheit, die einzelnen Punkte in mündlicher Aussprache noch näher zu begründen. Seitens des Regierungsvertreter wurde deröffnung Ausdruck gegeben, daß durch die errichtete Preisprüfungsstelle die Preise für Fleisch, Milch, Butter, Käse usw. wieder in normale Bahnen gelenkt werden können. Hoffentlich erfüllen sich diese Erwartung im Interesse der ärmeren Bevölkerung recht bald!

Eine Erhöhung der Unterführungen der Krieges-kriegesfamilien

ist nach einer offiziellen Korrespondenz in Aussicht genommen. Es heißt da, daß mit Rücksicht auf die außerordentliche Steigerung fast aller Lebensmittel und die Verteuerung der Kleidung, Brennstoffe usw. im Reichstag der Wunsch geäußert worden ist, es möchten für die kommenden Wintermonate die an die Kriegerfamilien zu zahlenden Unterführungen angemessen erhöht werden. Diejenige Bundische kann eine Berechtigung nicht verweigert werden. Die Reichsregierung hat deshalb die Mindestsätze für die Monate November bis einschließlich April auf 15 Mark für die Ehefrauen und 7,50 Mark für die sonstigen unterstützungsberechtigten Personen erhöht. Dabei wird angenommen, daß die Gemeinden diese Erhöhung der Mindestsätze nicht zu einer Verabkennung der von ihnen bisher gewährten Zuschüsse benützen. Die Versicherungsverbände sind darauf hingewiesen worden, daß die Erhöhung der Mindestsätze nicht eine Entlastung der Gemeinden bedeutet, daß das Ziel der Maßnahme vielmehr nur dann erreicht wird, wenn die höheren Mindestsätze den Familien im vollen Umfang zugute kommen.

Die Erhöhung der Familienunterstützung wird sicherlich freudig begrüßt werden. Da sie aber

überaus nicht minder gar an die Gemein sprechende Ge jetzt abhalte

Die Stel Eisenbahner. Arbeitgeber. es sich nicht wieder ihre sationales Aus eine kurze W Bayern hier müßigt:

„Es entspricht man, wo Antrages geich fanen Entschid zum anderen große Unterid schaft selbst un politische Entsch nicht verhindert während der dauer an sie ge Vielesicht hat halten der Neg beigetragen, füllung heraus voll bewährt lo haben sich nicht

Was soll „Arbeitgeber- bahner „Ihre während der Kriegsbander e eingeleitet hätt daß die Befür end eines Ar verstoßen, sic haben. Dan bracht, daß de befristet werde

Über die B hat das Reie d. J. folgende der Verfidertigen Betrieb gilt im allg. Abt. 1 Nr. 2 Unterfällen, greis (M.-G.-G. frei. Bezügli das Reichsver den, daß Sel iden Dienstle Betrieben für und deshalb a find. So sind die bei Entsch idachlichen Ver datencigenida Soldaten, die find, um bei s Rechnung ein werden, und t erhalten. T Kriegsbeschädi Lazarettbehan lung ihrer Gm Verhältnissun Arbeitsverapri Versicherungs geschäftsverior gungen, wenn rumpfschlichtig laubt werde versicherungsp liegen den Be halten Entsch ider trager der Un ob es sich ledi Maßnahme der das Mannfada Mit dieser Kriegsminister standen erklär

Sohnkür; kanntlich nicht mert sich inde v er b a n d, 2 Nachrich des bühlt hat und in der Dresden acarberit hat t weiste erach fin

Ein Arbe in der Dresde acarberit hat t weiste erach fin

überaus niedrig ist, — 10 Pfa. pro Tag und für Kinder gar nur 5 Pfa. — so wäre die Wahrung an die Gemeinden angebracht, daß auch sie entsprechende Erhöhungen der von ihnen bis jetzt gezahlten Sätze vornehmen.

Die Stellung der Bayerischen Regierung zum Eisenbahnerstreik gefällt natürlich der „Deutschen Arbeitgeber-Ztg.“ nicht, die trotz des Bürgerfriedens es sich nicht verkneifen kann, immer und immer wieder ihrer Abneigung gegen die Arbeiterorganisationen Ausdruck zu verleihen. Im Anschluß an eine kurze Mitteilung über die Verhandlungen in Pagnern sieht sie sich zu folgenden Bemerkungen bemüht:

„Es entspricht nicht den Interessen der Gegenwart, wenn man, wie es in der Begründung des vorliegenden Antrages geschieht, das alte Schlagwort von der „politischen Entrechtung“ der Arbeiter wieder hervorholt. Zum anderen aber zeigt sich auch an dieser Stelle der große Unterschied, der offenbar zwischen der Arbeiterschaft selbst und ihren Führern besteht. Die angebliche „politische Entrechtung“ hat gerade die Eisenbahner nicht verhindert, ihre ganze Kraft zur Bewältigung der während der Mobilmachung und der ganzen Kriegsbauer an sie gestellten gewaltigen Aufgaben einzusetzen. Vielleicht hat sogar die straflose Schaltung, die das Verhalten der Regierung mit sich brachte, wesentlich dazu beigetragen, den Geist der Ordnung und Pflichterfüllung heranzubilden, der sich in dieser Zeit so prächtig voll bewährt hat. Soviel steht fest, die Arbeiter selbst haben sich nicht als „Entrechtete“ gefühlt!“

Was soll denn dieses ganze Gerede? Die „Arbeitgeber-Ztg.“ schreibt selbst, daß die Eisenbahner „ihre ganze Kraft zur Bewältigung der während der Mobilmachung und der ganzen Kriegsbauer an sie gestellten gewaltigen Aufgaben“ eingesetzt hätten. Das heißt mit anderen Worten, daß die Befürchtungen, die Arbeiter könnten während eines Krieges gegen ihre nationalen Pflichten verstoßen, sich als völlig unbegründet gezeigt haben. Damit ist aber der bindige Beweis erbracht, daß der Revers überflüssig ist und deshalb beseitigt werden muß.

Über die Unfallversicherung der Kriegsteilnehmer hat das Reichsversicherungsamt vom 6. August d. J. folgende wichtige Entscheidung getroffen: Bei der Versicherung der in unfallverpflichtungspflichtigen Betrieben beschäftigten Kriegsbeschädigten gilt im allgemeinen folgendes: Gemäß § 544 Abs. 1 Nr. 2 der R.V.D. sind Militärpersonen der Unterklasse, für die das Mannschaffsversicherungsgesetz (M.-G.-V. 1906, S. 593) gilt, vericherungsfrei. Bezüglich der Unfallversicherung hat jedoch das Reichsversicherungsamt grundsätzlich entschieden, daß Soldaten, die außerhalb ihres militärischen Dienstverhältnisses in versicherungspflichtigen Betrieben tätig sind, als Arbeiter dieser Betriebe und deshalb als versicherungspflichtig zu betrachten sind. So sind beispielsweise beurlaubte Soldaten, die bei Entarbeitsarbeiten Hilfe leisten, in landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigt und trotz ihrer Soldateneigenschaft versichert. Das Gleiche gilt von Soldaten, die während der Dienstzeit beurlaubt sind, um bei Holzernbauten tätig zu sein, die für Rechnung eines Langwerbetreibenden ausgeführt werden, und bei denen sie von diesem ihren Lohn erhalten. Die gleichen Grundzüge gelten für die Kriegsbeschädigten. Soweit diese während der Lazarettbehandlung zum Zwecke der Wiederherstellung ihrer Gesundheit und Arbeitsfähigkeit zur Beschäftigung kommandiert werden (sog. Arbeitstherapie) unterliegen sie daher nicht der Versicherungspflicht der R.V.D., sondern dem Mannschaffsversicherungsgesetz, falls aber die Kriegsbeschädigten, wenn auch für kürzere Zeit, in unfallversicherungspflichtige Betriebe zur Beschäftigung beurlaubt werden, so treten sie in diese Betriebe als versicherungspflichtige Arbeiter ein und unterliegen den Bestimmungen der R.V.D. In zweifelhaften Grenzfällen muß im instanzennahen Verfahren entschieden werden, ob die Versicherungsträger der Unfallversicherung zuständig sind, oder ob es sich lediglich um eine arbeitstherapeutische Maßnahme der Militärverwaltung handelt, für die das Mannschaffsversicherungsgesetz maßgebend ist. Mit dieser Darlegung hat sich das kgl. Reichsversicherungsamt, Medizinalrat Dr. v. K. in Dresden, erklärt.

Lohnkürzungen wegen Kriegsrenten sollen bekanntlich nicht vorgenommen werden. Darum kündigt sich in diesen der Deutsche Industrieverband, Sib Dresden, nicht, wenn folgende Nachricht des „Vorwärts“ sich bewahrheitet. „Ein Arbeiter, der im Kriege ein Bein eingeworfen hat und jetzt ein künstliches Bein trägt, wurde in der Dresdener Fabrik, in der er vor dem Kriege gearbeitet hatte, wieder eingestellt. Erreuerlicherweise eragb sich bald seine volle Arbeitsfähigkeit.

Nach ausdrücklicher Feststellung seiner normalen Leistungen forderte der Arbeiter nun die Zahlung des vollen vor dem Kriege bezogenen Lohnes. Es wurde ihm gesagt, daß darüber nur mit dem Direktor selbst gesprochen werden könnte. Der Arbeiter hatte nun zweimal Auseinandersetzungen mit dem Direktor, der dabei folgendes sagte: „Wenn Sie 21 Mk. bekommen, haben Sie mit der Rente 44 Mk. die Woche und das ist doch ein schöner Lohn.“ Auf die Frage, was denn die Rente mit dem Lohne zu tun habe, es käme doch nur die Arbeitsleistung in Betracht, erklärte der Direktor: „sein Arbeitgeber wird die Rente auslassen bei der Lohnfestsetzung. Das will der Industrieschutzverband nicht haben.“ Da der Arbeiter die Rechtmäßigkeit seiner Entlohnung betritt, erklärte der Direktor: „Der Industrieschutzverband will es nicht haben, daß in der Rente auch noch der volle Lohn bezahlt wird. Das kann es nicht; es kommt mit dem Industrieschutzverband in Konflikt. Das ist so festgelegt.“ Als der Arbeiter sofort festmaachte, der Industrieschutzverband verlange also, die Arbeitgeber sollten sich an den Kriegsschicksalen bereichern, wachte der Direktor etwas ein und sagte: „Nun, das will ich nicht sagen. Aber kein Arbeitgeber wird Ihnen den vollen Lohn zahlen, und das muß ich auch so halten.“ Schließlich bot der Direktor 3 Mk. mehr, er wolle 24 Mk. Lohn geben, wobei er bemerkte: „Dann mache ich Sie zum Vorarbeiter, damit ich das verantworten kann.“ Der Hinweis auf den Industrieschutzverband ist bei der Unterredung mehrfach gefallen und zuletzt die Bemerkung: „Ach kann nicht anders, ich gehöre dem Industrieschutzverband an.“ Der Arbeiter bedankte sich für solchen Dank an die Vaterlandsverteidiger, er schüttelte und hörte wieder auf.

Der Deutsche Industrieschutzverband wird nicht umhin können, sich zu diesen Mitteilungen zu äußern. Handel es sich nicht nur um den Vorwand eines einzelnen Unternehmers, so könnte ein derartiges Vorgehen des Verbandes nicht scharf genug gebrandmarkt werden.

Gegen das Nachbaverbot in den Bäckereien und Konditoreien hat sich befremdlicherweise bei einer amtlichen Besprechung ein Vertreter des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine im Gegensatz zu allen anderen Arbeitervertretern ausgesprochen. Er verlangte, daß die Betriebe, die fortgesetzt in drei Schichten zu je 8 Stunden arbeiteten, von dem Gesetz ausgenommen bleiben, weil die Schädlichkeit der Nacharbeit für die in diesen Betrieben arbeitenden Bäcker nicht in größerem Maße vorhanden ist als für Millionen Arbeiter in anderen Berufen, die gleichfalls abwechselnd Tag- und Nachtschichten zu leisten haben.“

Das ist jedenfalls eine Logik, so bemerkte dazu der „Korrespondent der Buchdrucker“, die der Arbeitererschaft bisher meist nur aus den Kreisen der ärztlichen Schornmacher entgegengehalten wurde. Daß ein Vertreter einer Konsumgenossenschaft, die doch in erster Linie das Wohl der Menschen und nicht die Fülle des Reingewinns zu kultivieren bestrebt sein soll und sein will, einen derartigen rückwärtigen Standpunkt einnimmt, das ist jedenfalls eine Erscheinung, die in der gesamten Arbeitererschaft nicht nur höchstes Befremden, sondern entschiedenen Widerspruch herausfordert.

Trotzdem hat es der Schriftleiter der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“, Dr. Müller, fertiggebracht, den Standpunkt jenes eigenartigen Genossenschaftsvertreters zu verteidigen, was wiederum das Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften zu einem scharfen Abwehrartikel veranlaßt hat. Es ist in der Tat kaum zu verstehen, daß Männer, die ihrer ganzen Stellung nach die sozialen Forderungen der Arbeiter zu vertreten berufen sind, in der Frage des Verbots der Nacharbeit einen Standpunkt einnehmen, der mit rücksichtslos und eigentlich noch viel zu unfindig bezeichnet ist. Da ist es Pflicht der Arbeiter, dafür zu sorgen, daß diesen Leuten einmal gründlich die Wahrheit gesagt wird.

Unsere künftige Handelspolitik. Die Eingabe der großen wirtschaftlichen Verbände, die unter Führung des Zentralverbandes Deutscher Industrieller und des Bundes der Landwirte an die Reichsregierung die Forderung richteten, beim Friedensschluß bestimmte handelspolitische Forderungen dieser Interessengruppen zu berücksichtigen, hat dem Kriegsausgleich für Konjumenteninteressen Anlaß gegeben, sich gleichfalls mit dieser Frage, die vom Standpunkte großer Konjumentenkreise von Bedeutung ist, zu beschäftigen. Er hat sich dabei frei gehalten von einer Erörterung der Streitfrage der Handelspolitik, ob Freihandel oder

Schutz Zoll, wie der Kriegsausgleich für Konjumenteninteressen überhaupt nicht den einseitigen Standpunkt der Verbraucherinteressen eingenommen hat. Aber er hat in seiner Eingabe betont, daß zwischen der berechtigten volkswirtschaftlich gesunden Förderung von Produktion und Handel durch politische Maßnahmen und der spekulativen Ausgestaltung der Zoll- und Handelsvertragspolitik zugunsten der privatwirtschaftlichen Erwerbsinteressen unternehmender Produzenten und Händler ein grundlegender Unterschied besteht. Durch den Mißbrauch der Handelspolitik für die Zwecke einseitiger Interessentenorganisationen, wie er sich in den eingangs erwähnten heucheligen Bestrebungen des Konjunktels der schaffenden Stände andeutet, werden sozialwirtschaftliche Gegensätze in der Nation heraufbeschworen, die eine Abwehrbewegung der Konjumenten gerade so notwendig machen, wie der Mißbrauch der Kriegskonjunktur durch Produzenten und Händler auf dem Binnenmarkte die Wacht der Kriegsausgleichs für Konjumenteninteressen ins Leben gerufen hat. Zum Schluß erhebt er die Forderung, daß im „Wirtschaftlichen Ausschuss“ der dem Reichsamt des Innern angegliedert ist, die großen Berufsverbände der Arbeiter, Angestellten und Beamten ihre Vertretung erlangen. Die Fragen, die an dieser Stelle behandelt werden, sind nicht mehr reine Interessentragen der großen Berufsverbände der Landwirtschaft und Industrie; an ihr haben auch Anteil die Kreise der Verbraucher, besonders unter Berücksichtigung der außerordentlich hohen Preislage aller Gebrauchsgegenstände, die wahrlich auch noch nach dem Kriege die erwerbstätige Bevölkerung in ihrer Lebenshaltung außerordentlich beengen werden.

Dringende Arbeiten sind kein Grund, der Fortbildungsschule fernzuhalten. Weil er eilige Arbeit hatte, glaubte ein Handwerksmeister berechtigt zu sein, seinen Lehrling nicht in die Fortbildungsschule zu schicken. Als er deswegen bestraft wurde, erhob er dagegen Einspruch und ging bis zum Kammergericht, das endgültig dem Meister Unrecht gab und die auferlegte Strafe bestätigte. Nach dem in Frage kommenden Disziplinstatut sind nämlich die Gewerbeunternehmer, wenn sie einen Lehrling aus zwingenden Gründen vom Besuch des Unterrichts befreit haben wollen, verpflichtet, dies bei dem Schulleiter zu beantragen, und zwar so zeitig, daß er gegebenenfalls die Entscheidung des Schulvorstandes einholen kann. Es ist demnach nicht von der Fortbildungsschule fernhalten, eine Befreiung, wie sie das Disziplinstatut vorsieht, war nicht vorgegeben. Der Meister hatte die ihm obliegende Pflicht verletzt. Wegen dieser Vernachlässigung ist er mit Recht unter Strafe gestellt worden. Bemerkenswert sind folgende Sätze in dem Kammergerichtsurteil:

Der Lehrling ist dem Lehrherrn zur Ausbildung anvertraut; er ist nicht dessen Gehilfe und nicht dazu bestimmt, im Interesse des Lehrherrn in dessen Gewerbebetriebe tätig zu sein. Gilt der Lehrherr den Lehrling von dem Besuche der Fortbildungsschule zurück, weil er ihm für besonders eilige Arbeiten in seinem Betriebe unentbehrlich erscheint, so verlegt er — falls, wie hier, die Erledigung dieser Arbeiten im ausschließlichen Interesse des Unternehmers liegt — die ihm obliegende Pflicht, für die Ausbildung des Lehrlings zu sorgen und ihn zum Besuche der Fortbildungsschule anzuhalten.

Der Jahresbericht der Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge für die Jahre 1913/14 ist kürzlich erschienen und gibt wie stets ein außerordentlich anschauliches Bild ihrer Tätigkeit. Von einem kräftig einlebenden und in der Kriegszeit besonders intensiven Leben und Arbeiten legen die Einzelberichte ebenso wie der Gesamtbericht Zeugnis ab. 4994 Fälle im Jahre 1913, 7194 Fälle im Jahre 1914. — schon diese Zahlen sprechen eine deutliche Sprache. Bei den Einzelberichten interessiert ebenso die Beratungsstelle mit der Hilfe der hier im Verkehr mit dem verschiedenartigsten Publikum und aus den Ästen sich ergebenden Problemen, wie die Jugendgerichtshilfe, die von einem auffallenden Sinken der Straffälligkeit zur Zeit der großen Erhebung zu Anfang des Krieges hermit, dem ein ebenso starkes Anwachsen der Kriminalität im weiteren Verlauf folgte. Die Fürsorgestelle beim Reichspräsidenten nahm nach dem Bericht besonders tatkräftigen Anteil an allen durch den Krieg hervorgerufenen Notständen im Zusammenhang mit der Volkshilfe. Auch die übrigen Teile des Berichtes zeigen, daß die Deutsche Zentrale für Jugendfürsorge nicht nur die Notstände und Probleme zu finden und in Konferen-

gen und Versammlungen zu erörtern weiß, sondern allen Fragen auch praktisch zu begegnen sucht. Der als Anhang gedruckte Bericht der zehnjährigen Tätigkeit gibt ein anschauliches Bild des stets gesteigerten Interesses, das dem ganzen Gebiet der Jugendfürsorge in unserer Zeit zu Teil wird.

Aus dem Verbands.

Berlin. In der Frage der Lebensmittelversorgung und der damit zusammenhängenden Steuerung hatten die Vertreter der gewerkschaftlichen Verbände der Arbeiter und Angestellten (freie, christliche Gewerkschaften, Kirch- und Dünndörfer Gewerbevereine, Soziale Arbeitsgemeinschaft der gewerkschaftlichen Angestelltenverbände) in dieser Woche im Berliner Rathaus eine längere Besprechung mit Oberbürgermeister Westmuth und dem zuständigen Delegierten Stadtrat Fischbein. Sie trugen ihre Beschwerden über die Gehaltung der Lebensmittelversorgung und die durch die hohen Preise entfallende Mithimmung in der Berliner Bevölkerung vor. Die Aussprache ergab, daß die Stadt Berlin allein nicht in der Lage ist, durchgreifende Abhilfe zu schaffen, wenn das Reich nicht endlich entscheidende Maßnahmen trifft.

Eine weitere Konferenz im Berliner Rathaus beschäftigte sich am selben Tage mit der Regelung der Butterversorgung Groß-Berlins. An der Aussprache nahmen außer Mitgliedern des Magistrats die Vertreter der Interessentenverbände und der großen Berliner Butterfirmen teil. Es wurden verschiedene Vorschläge gemacht, die noch näher geprüft werden sollen.

Berlin. Die 548. Versammlung des Vereins für Volksunterhaltungen findet am Sonntag, den 24. Oktober, nachm. 5 Uhr, in der Urania, Lützenstr. 48-49, statt. Zum Vortrag gelangt: "Von den Karpaten bis West-Sibirien".

Leipzig. Der hiesige Ortsverband hielt am 10. Oktober seine Mitgliederversammlung ab, die sich eines guten Besuchs erfreute. Im geschäftlichen Teil wurde u. a. beschlossen, dem Verein "Hemdanke" für das königlich Sachsen beizutreten. Sodann hielt Herr Lehrer Claus einen sehr interessanten Vortrag "Wie die Volksernährung in den minderbemittelten Schichten zu regeln ist". Die überaus klaren Darlegungen des Redners fanden in der Versammlung lebhaften Anklang. Allgemein wurde der Wunsch zum Ausdruck gebracht, daß den unerträglichen Preissteigerungen und dem Lebensmittelmangel baldigst ein Ziel gesetzt werden möge. Zum Schluß richtete der Vorsitzende an die Versammlung eine eindringliche Mahnung, alles aufzubieten, um unsere Gewerbevereinskollegen vorwärts zu bringen, treu zu unserer Fahne zu halten und eifrig zu agitieren, um den Deutschen Gewerbevereinen neue Mitglieder zuzuführen.

Sperrling, Schriftführer.

Versammlungen.

Berlin. Distriktsklub der Deutschen Gewerbevereine (G.-D.). Verbandshaus der Deutschen Gewerbevereine, Greifswalderstraße 221/22. Nächste Zusammenkunft am Mittwoch den 8. November, abends 8 Uhr. — **Gewerbevereins-Liebesfest (G.-D.).** Jeden Donnerstag, abds. 9-11 Uhr. — **Verbandsaufseher d. Deutschen Gewerbevereine (Grüner Saal).** Gäste willkommen. — **Sonabend, den 28. Oktober 1915.** **Raschinenbau- und Metallarbeiter Berlin III.** Abends 8 Uhr Versammlung und Vortrag im Nordwest-Casino, Alt-Neubau 55. **Raschinenbau- und Metallarbeiter Berlin VIII.** Im Verbandshaus Greifswalderstr. 222, abends 8 Uhr. Vortrag des Kollegen E. Jordan. Allgemeine Mitgl. Abstimmung. **Raschinenbau- und Metallarbeiter Berlin XIII.** Abends 8 Uhr, Schönhauser Allee 189. Tagesordnung: 1. Geschäftliches. 2. Mitgliederabstimmung. 3. Kassenbericht. 4. Berichtangelegenheit.

Orts- und Bezirksverbände.

Bremen (Ortsverband). Jeden ersten Dienstag im Monat, abends 8 Uhr, Vertreter. Sitzung im Kurhofs-Schiffbauverein, Bremen, Neffenstraße. — **Bildhauer Berlin.** Sonntag, d. 24. Oktober, nachm. 4 Uhr, Generalvers. im Vereinslokal von Kamp, Stallstr. 126. **Geizhals (Distriktsklub).** Sitzung jeden 2. u. 4. Sonntag im Monat bei Hansen, Sandowstr. 42. **Danzig (Ortsverb.).** Gemeinliche Versammlungen aller Berufsarten (Sonabend vor dem 1. des Monats, abends 8 Uhr im Schuhmacher Werkshaus, Roskopscher Graben 9. — **Hessau. Gewerbevereins-Liebesfest** jeden Mittwoch, abds. 8-11 Uhr. — **Leipzig (Ortsverb.).** Jeden ersten Sonntag im Monat, abds. 8 Uhr, Vertreter. Sitzung bei Roggenkämpfer, Elberfeld, Aufsenstr. und Erholungstr.-Gde. — **Frankfurt a. O. (Gewerbevereins-Liebesfest).** Jeden Freitag von 8-10 Uhr. — **Leipzig (Ortsverb.).** Nächste Ortsverbanderversammlung Sonntag, den 24. Okt., nachmittags 3 1/2 Uhr im Passage-Restaurant. Zahlreiches Ersichinen dringend erforderlich. **Hamburg (Ortsverb.).** Jeden 2. Freitag im Monat, 8 1/2 Uhr Ortsverbanderversammlung bei Hofe, Felnerstr. — **Hamburg (Rebnerschule).** Jeden Montag von 9 bis 11 Uhr bei Grell, Lagerstraße 2. — **Hamburg (Gewerbevereins-Liebesfest).** Jeden Donnerstag. — **Hannover (Ortsverb.).** Nächste Ortsverbanderversammlung Sonntag, den 24. Okt., nachmittags 3 1/2 Uhr im Passage-Restaurant. Zahlreiches Ersichinen dringend erforderlich. **Hannover (Ortsverb.).** Nächste Ortsverbanderversammlung Sonntag, den 24. Okt., nachmittags 3 1/2 Uhr im Passage-Restaurant. Zahlreiches Ersichinen dringend erforderlich. **Hannover (Ortsverb.).** Nächste Ortsverbanderversammlung Sonntag, den 24. Okt., nachmittags 3 1/2 Uhr im Passage-Restaurant. Zahlreiches Ersichinen dringend erforderlich.

Leipzig (Gewerbevereins-Liebesfest). Die Liebungsfestungen finden jeden Mittwoch abends 9-11 Uhr im Vereinslokal "Stadt Hannover", Seeburgstr. 25, statt. Gäste und Kinnbegabte Mitglieder sind herzlich willkommen. **Leipzig (Ortsverb.).** Vertreterversammlung am Donnerstag, den 28. Okt., abds. 9 Uhr im Verbandslokal "Stadt Hannover". **Waldheim (Nahb.).** Jeden ersten Sonntag im Monat vormittags 11 Uhr, Vertreter. Sitzung im Verbandslokal bei Herrn Johann Müller, Sandstraße 88. — **Stettin (Sängerchor d. Gewerbevereine).** Die Liebungsfestungen finden jeden Dienstag abds. 8 1/2 Uhr im Lokal Rebel, Poststraße 5, statt. Stimmgebende Kollegen herzlich willkommen. **Zeitz (Distriktsklub für Zeitz, Vorfalwalde u. Reitzendorf).** Sitzung jeden Dienstag, abds. 8-10 Uhr bei Kömer, Schillerstraße 28, Ecke Schönebergerstraße. **Thorn (Bäder).** Jeden Sonntag nach dem 1. Ortsverbanderversammlung bei Nicolei, Mauerstr. 63. — **Uckermark u. Umg. (Ortsverb.).** Sonntag, d. 24. d. Mts., nachmittags 2 Uhr Vertreterversammlung in Eggen, (H. Manes Hotel). Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. **Uckermark u. Umg. (Ortsverb.).** Sonntag, den 24. Oktober, Ortsverbanderversammlung im Lokal des Herrn Gahwirts Ranke in Eggen. — **Weichsel (Distriktsklub).** Jeden Donnerstag, abends von 8-10 1/2 Uhr Disputierabend beim Kollegen Gmel. — **Weichsel a. S. (Gefangenenverein Harmonie der Deutschen Gewerbevereine).** Liebungsfestungen jeden Mittwoch, abds. von 8 bis 11 Uhr im Vereinslokal, Klostergarten. — **Gefangene der Gewerbevereinskollegen** sind willkommen. — **Worms (Ortsverb.).** Gefangenenabteilung der vereinigten Gewerbevereine (G.-D.) jeden Montag, abends 9 Uhr Sitzung im Verbandslokal "Rheinthal".

Änderungen bzw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis.

Duisburg (Ortsverb.) G. Bernsen, Vorsitzender, Bleichstr. 18.

Literatur.

Frauenwirtschaft. Jahrbuch für das hauswirtschaftliche und gewerbliche Frauenwirken. Herausgegeben vom Verband für soziale Kultur und Wohlfahrtspflege (Arbeiterwohl). Redigiert von Diane Becker, M.-Glöckbach. Volksvereins-Verlag, G. m. b. H., M.-Glöckbach. — **Verursachung der Krankheitsgegrin in Krieg und Frieden.** Von Charlotte von Caccinere. Preis 2,80 Mk. Verlag von Dunder u. Humblot, München und Leipzig. — **Soziale Fürsorge für Kriegswitwen und Kriegswaisen.** Allgemeine deutsche Tagung einberufen vom deutschen Verein für Armenpflege und Wohltätigkeit am 16. und 17. April 1915 im Pleur-Sitzungsaal des Reichstags in Berlin. Stenographischer Bericht über die Verhandlungen. Preis geb. 5,60 Mk. Verlag von Dunder u. Humblot, München und Leipzig.

Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.



Bei einem Sturmangriff in den Argonnen am 8. Septemb er fand den Heldentod infolge eines Brustschusses der
Sergeant Hans Klein,
Mitglied unseres Ortsvereins der Bäder zu Frankfurt a. M. Wir verlieren in ihm einen wackeren Kollegen, der in seinem Ortsverein stets für die Gewerbevereinsfrage gewirkt hat, und werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.
Hauptvorstand des Gewerbevereins deutscher Bäder, Konditoren und verw. Berufe (G.-D.)



Auf dem Felde der Ehre fiel am 25. September in einem Gefecht unser Kollege
Kurt Dittmer,
der lange Zeit den Posten eines Ortsvereinsassistenten bekleidet hat. Möge ihm die Erde in Friedensland leicht sein! Bei uns ist ihm ein dauerndes Andenken gesichert.
Ortsverein der Bildhauer Berlin.

Matheson (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pf. Ortsverbandsgeld beim Kassierer Aug. Schür, Semlinstr. 28. **Ortsvereins (Ortsverb.).** Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pf. Vergütung. Kartenausgabe Krauses Hotel.

Obbels. Durchreisende erhalten in der Herberge „Zur Helma“ freies Nachtquartier und Frühstück. Karten sind beim Kollegen D. To Beuge 1, Stelzners-Rohlenh. Zwingerstraße zu entnehmen.

Weg (Ortsverb.) Durchreisende Gewerbevereinskollegen erhalten eine Unterfühlung von 75 Pf. Karten sind zu entnehmen beim Kollegen D. Dhmig, Lagerberg 5.

Stralsund (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pf. Unterfühlung bei G. Deter, Badensstraße 81.

Wesermünde. Durchreisende Gewerbevereinskollegen erhalten eine Unterfühlung bei A. Herzholz, Klosterstr. 10.

Wesermünde (Ortsverb.). An durchreisende Kol. wird eine Unterfühlung von 0,75 Mk. gezahlt durch den Ortsverbandskassierer August Seidenhäger, Baustr. 20 und im Gewerbevereinsbureau Blumenstr. 1.

Chemnitz (Ortsverb.). Das Geschenk für Durchreisende wird bei den Ortsvereinsassistenten, die nicht vorhandenen Besuchen nur beim Ortsverbandskassierer, Kol. Paul Müller, Bernsdorferstraße 81, abends von 6-8 Uhr ausgezahlt.

Uckermark u. Umg. (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 1 Mark Reiseunterfühlung. Karten hierzu in Uckermark beim Kollegen G. Wäntzer, in Zeitz beim Kollegen Saehn, Dornbergstr. 5.

Gewerbevereins-Versammlung

Mittwoch, den 27. Oktober 1915, abends 8 Uhr,

im
Verbandshaus der Deutschen Gewerbevereine (G.-D.)
Berlin NO. 55, Greifswalder Straße 221-22.

1. Die organisierten Arbeiter und die Kriegsbeschädigten. (Referent R. Reustedt.)
2. Die Aufgaben der Arbeitsnachweise in Gegenwart und Zukunft. (Referent E. Jordan.)

Zu dieser Versammlung sind alle Gewerbevereinskolleginnen und -Kollegen von Groß-Berlin eingeladen. Die Wichtigkeit der Fragen erfordert zahlreiches Besuch!

Der geschäftsführende Aussch. Die soziale Kommission.

Weichsel a. S. (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 50 Pf. Karten sind zu haben bei Aug. Dähn, Poststraße 24. Arbeitsnachweis büro.

Worms (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten vom Ortsverband Worms 75 Pf. Karten sind zu haben bei dem Bureau der Schuhmacher und Lederarbeiter, Kollege Koch, Leipzigerstr. 26.

Worms (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten vom Ortsverband Worms 75 Pf. Karten sind zu haben bei dem Bureau der Schuhmacher und Lederarbeiter, Kollege Koch, Leipzigerstr. 26.

Worms (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten vom Ortsverband Worms 75 Pf. Karten sind zu haben bei dem Bureau der Schuhmacher und Lederarbeiter, Kollege Koch, Leipzigerstr. 26.

Worms (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten vom Ortsverband Worms 75 Pf. Karten sind zu haben bei dem Bureau der Schuhmacher und Lederarbeiter, Kollege Koch, Leipzigerstr. 26.

Worms (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten vom Ortsverband Worms 75 Pf. Karten sind zu haben bei dem Bureau der Schuhmacher und Lederarbeiter, Kollege Koch, Leipzigerstr. 26.

Worms (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten vom Ortsverband Worms 75 Pf. Karten sind zu haben bei dem Bureau der Schuhmacher und Lederarbeiter, Kollege Koch, Leipzigerstr. 26.

Worms (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten vom Ortsverband Worms 75 Pf. Karten sind zu haben bei dem Bureau der Schuhmacher und Lederarbeiter, Kollege Koch, Leipzigerstr. 26.

170
Bent
Verst
Bier
bei freier
Alle Post
Nr. 87/8
Wünsche
der Arbeiter
und Wirtschaft
— Amtlicher
Wüns
Es ist in eine
denziele ein
denjenigen, d
Guten, das d
die Friedens
glauben, daß
tionen der
halten gefun
verfagt werde
man bisher i
hat, woggerä
der Hoffnun
orientierung
deutschen Arb
den Wünsch
müßte nach
Dfern eine G
wäre, die ge
und Wirtschaft
Selbst au
der Schafma
großen Zeit n
eingangs be
Wünsche nicht
uns damit be
deuten, deren
scheint. Ein
B a h n d e r
doch gerade d
geben, ein wi
Sozialpolitit
fähigkeit des
gerade auf di
deutend sein.
Aufgabe ist
rechts, in d
den Deutschen
vertreten wird
i a m m l u n g
sicht gestellt ist
befreit und e
genommen we
gegen die Arb
gewerbliche G
lichen Regelun
die Schaffung
Freiher v. B
lang hat. Auc
L o s e n b e r g
rend des Krie
seits eine and
Ihm diese
zahlreiche and
lich verlängert
uns für heute
beit hinzuwei
hinausgehobe
r u n g d e s p
r e c h t s. Es
deutung für d
sich die Galtu
Wirkung auch
der Zukunfte
den preußische
schaft unmögli